

Volksstimme

Sozialdemokratisches Organ für den Regierungsbezirk Merseburg.

Die „Volksstimme“ erscheint täglich abends (mit Ausnahme bei Sonn- und Festtagen). Verantwortlicher Redakteur für den Teil Lokales und Provinziales Carl Wendemuth, für die Inserate Rudolf Roggendorf, Halle, für den übrigen Inhalt Otto Kressin, Leipzig. — Verlag der Volksstimme G. m. b. H., Halle, Große Ulrichstraße 27. — Druck Freie Presse G. m. b. H., Leipzig, Königsstr. 5.

Bezugspreis: Monatlich 1 Mark, beim Abholen von der Expedition 90 Pfennig. Bei den Postanstalten vierteljährlich 2.70 M. ohne Postgebühr. Einzelne Nummern 10 Pf. — Inserationsgebühren: Die Zeitg. Kolonietelle 20 Pfennig, Inserate v. auswärts 25 Pfennig, im Restmetell Seite 76 Pfennig, Verlags u. Expedition: alle 25 Pfennig, große Schriftsätze 27. Fernspr. 5407 — Zeitungspreisliste Seite 411.

Nr. 65.

Halle, Montag den 18. März 1918.

2. Jahrgang.

Die Ratifizierung des russischen Friedensvertrages.

Der Friedensvertrag zwischen Deutschland, Österreich-Ungarn, Bulgarien und der Türkei einerseits und Rußland andererseits sowie der deutsch-russische Zusatzvertrag zum Vertrage und die Vorlage betreffend den Friedensvertrag zwischen Deutschland und Finnland hat die Zustimmung des Bundesrates gefunden.

Auch aus Moskau kommt die Nachricht, daß der dort tosende Ansturm der Sowjets mit überwiegender Mehrheit die Unterzeichnung des mit den Mittelmächten abgeschlossenen Friedens beschlossen hat. Es seien bereits Vertreter des Sowjets von Moskau auf der Fahrt, um die Ratifizierung des Friedens zu vollziehen.

Gegen die Abtretung von Mitteln an Rußland erhebt das weißruthenische Volkswort eine scharfe Kritik, der auch dem Reichskanzler übermitteln werden wird. In dem Aufruf heißt es: Die geographischen und ethnographischen Grenzen des Vaterlandes des weißruthenischen Volkes reichen sich bis vor Smolensk, umfassen nördlich das mittlere Dniestr, welche den bei weitem größten Teil der Gouvernements Grodno und Minsk einschließen, der gleichnamigen Hauptstädte, sowie Bialystok und Brest-Litovsk; im Süden fallen sie mit der Grenzlinie der Gouvernements Grodno und Minsk zusammen. Wir erheben den entscheidenden Einspruch gegen das Verbot der Nordbaltischen, jene Gebiete als herrenloses Land zu betrachten. Zudem wird eine staatliche Annäherung an unsere litauischen und baltischen Nordbaltischen Gebieten begehrt werden, protestieren wir entschieden gegen die ungerathenen Ansprüche auf Minsk und einen großen Teil des Gouvernements Minsk und Grodno. Diese Forderungen können nur auf Grund verbindlicher Verbindungen erhellen gefaßt werden. Alle Ansprüche der Polen auf Landbestände der Gouvernements Grodno und Minsk weisen wir als unberechtigte Annexionsansprüche unbedingt zurück. Wir streben nach selbständigem staatlichen Leben und sehen dessen Verwirklichung nur in einer Annäherung an die österrussischen Kultur und ihren Vertreter, das mächtige Deutsche Reich.

Die bularester Friedensverhandlungen unterbrochen.

Der rumänische erste Delegierte der Friedenskonferenz Argelmann ist am Donnerstag verabschiedungsgemäß von Jassy nach Bukarest zurückgekehrt. Er hat den Delegierten der Jentrativats mitgeteilt, das Ministerium Werescu hat aus

innerpolitischen Gründen, die nichts mit der Friedensfrage zu tun hätten, demissioniert, ein neues Ministerium sei noch nicht gebildet. Da die Vollmachten der bisherigen rumänischen Delegierten infolge der Entwicklung hinfällig geworden sind, rufen zunächst die Hauptverhandlungen. Die Kommissionsberatungen der einzelnen Unterabteilungen der Friedenskonferenz werden fortgesetzt.

Der Rücktritt Werescus kommt nicht überraschend. Mitteilungen letzter Tage bereiten darauf vor. Im Anschluß an einen Besuch Marghilomans bei dem in Bukarest weilenden Grafen Gernin wurde auf diesen bekannten konservativen Parteiführer als den vermutlich kommenden Mann an der Spitze Rumäniens hingewiesen. Sein Programm wurde gekennzeichnet durch Mitteilung von Verbesserungen, die er nach einer Vorkonferenz mit dem rumänischen König einen Vertreter der Fiktion Alcu anea Romana gegenüber hat. Er lagte zur Friedensfrage u. a.:

Se früher wir Frieden geschlossen hätten, desto größere Vorteile hätten wir gehabt. Je länger wir den Friedensakt hinausziehen, desto schwieriger wird die Lage. Ich habe von Anfang an meine Meinung über die Lage geäußert, trotzdem wurde der Krieg gemacht. Wir müßten den Augenblick nutzen, Friedensverhandlungen zu beginnen, damit es nicht zu spät werde. Am 2. Januar d. J. als Friedensverhandlungen mit Rücksicht auf Brest-Litovsk begannen, habe ich die Regierung Stratiu durch den Dankbrief gewarnt, die ich durch Vermittlung Herrn Arcus durch die Front sandte. Mein Vorschlag wurde jedoch nicht in Erwägung gezogen, obwohl er logisch begründet war, zumal die Lage, auf deren Veranlassung wir die Waffenruhe geschlossen haben, sich in den letzten Tagen sehr verändert hat. Die Ergebnisse sind aus dem Frieden der Ukraine zu sehen, die ein Regime im Vorfeld sich sichern, weil sie damals unterbrachen.

Die Wiener Neue Freie Presse meint, ein Ministerium Marghiloman würde zweifellos bedeuten, daß Rumänien sich jetzt eine Annäherung an die Mittelmächte vollziehen wird. Es handelt sich also bei der jetzt eingetretenen Kabinetskrise um die Frage, ob der letzte Widerstand des rumänischen Königs gebrochen werden kann. Man erinnert sich an die vor Wochen ausgesprochene Warnung Peter Carps, daß die Friedensfrage zur Dynastiefrage werden könne.

Der Berliner Lokalanzeiger meint, es gebe keine rumänischen Staatsmänner, der sein Land aus der jetzigen Lage auf andere Weise befreien könnte als durch die zeitlose Annahme aller im Bularester Vortrieden festgelegten Bedingungen.

Die Vergewaltigung Hollands.

Die neuesten Mitteilungen über den Entente-Marschzug gegen Holland genauen, wie die Rostocker Zeitung schreibt, um der Welt ein Urteil zu ermöglichen sowohl über die Größe der Schiffskammot wie über die bedeutende Gewaltvollheit der Entente unter Führung des Völkerrechtslehrers Wilson. Die lebenden Stellen in London und Washington lauten ausnehmend auch über den, einen Reford von heuchlerischer Verbrennung aufzustellen. Sie überblicken die Welt mit Dorfstellungen, aus denen hervorgehen soll, daß der von ihnen verübte Raub- und Gewalttät nichts anderes sei, als eine neue Befreiungstat.

Nach einer Meldung aus London haben sich die Alliierten beschließen, die holländischen Schiffe in den Häfen der Alliierten in Gebrauch zu nehmen. Deutschland benutze auch einen Teil der holländischen Frachtschiffe auf deutschen Kanälen. Diese entsprächen den Dynamischen, deren Auslieferung jetzt von den Alliierten verlangt wird.

Weiter meldet aus Washington: Die Regierung sagt die Punkteverleumdung für alle holländischen Schiffe zurück, um deren Entkommen während der vorausgeschickten Besuche stattfinden Requisition zu verhindern. Eine Ausnahme wird nur gemacht für die Dampfer die in der Welt zu sein, mit Lebensmitteln nach den Niederlanden, und Orange, mit niederländischen Kolonialbeamten nach Ostindien. Diese beiden Schiffe dürfen noch abfahren.

Wie die Frankfurter Zeitung meldet, will die amerikanische Regierung die niederländischen Schiffe auf den gewonnenen Schiffen zwingen, auf den Schiffen zu bleiben und auf diesen in die Gefangenen zu fahren. Folgende

Bedingungen sind für die niederländischen und die anderen neutralen Seefahrer herausgegeben worden:

1. Alle Seefahrer an Bord der nordamerikanischen Häfen liegenden niederländischen und anderen neutralen Schiffe werden von den amerikanischen Regierung vor die Wahl gestellt, entweder sich für die amerikanischen Schiffe anzuwerben zu lassen oder in den amerikanischen Häfen zu arbeiten. Im Weigerungsfalle wird den Betroffenen nach drei Monaten der Aufenthalt in den Vereinigten Staaten verboten oder sie werden in eine Art Fremdenlegation eingewiesen. Diejenigen Seefahrer, die sich bereit erklären, sich anzuwerben zu lassen, müssen sich schriftlich zu folgendem verpflichten: 1. Auf den neutralen oder anderen Schiffen bis nach Ende des Krieges zu bleiben; 2. sich den amerikanischen Seefahrerarbeiten zu unterwerfen; 3. gegen einen Lohn von 25 Dollar, monatlich 50 Cent für Lebensunterhalt an Bord zu nehmen; 4. sich lediglich in einem nordamerikanischen Hafen abzuwerben zu lassen; 5. während des Krieges, so ist die Hälfte des Lohnes zu erhalten. Für Fortsetzen in die Gefangenen wird eine Zulage von 10 Dollar monatlich bewilligt. Außerdem enthält der Kontrakt noch Bestimmungen über Lebensunterhalt. Der Kontrakt ist dem Seemannsbuch oder Paß anzuhängen. Zur dem Paß befindet sich die Photographie, die alle drei Monate erneuert wird, und die Fingerabdrücke.

In holländischen diplomatischen Kreisen verurteilt, daß die Ententeforderung nicht angenommen. Dafür ein Gegenorschlag gemacht werden wird, jedoch mit der Bedingung, daß die niederländischen Schiffe nicht in der Sphäre der Entente verwendet werden dürfen. Aus der gedruckten Stimmung ist jedoch entnehmenbar, daß man hierdurch keine Lösung der Krise erwartet.

Telegraphistenstreik in Spanien.

Bern, 17. März. Den Wiener Wägern zufolge haben die Telegraphisten in ganz Spanien den Generalstreik erklärt. Die Regierung hat bei den Telegraphisten militärisch und die Telegraphenbureau militärisch besetzen lassen. Die Regierung sei entschlossen, nötigenfalls das Telegraphistenpersonal aufzulösen.

Der Geldsegen des Krieges.

Von S. Schneider (Hannover).

Der Daimler-Schwindel sollte nun auch die Augen der breiten Volksschichten stärker auf die Fälle des Geldsegens lenken, den der Krieg über die Kapitalisten ausschüttet und der vielfach so groß ist, daß er mit allen möglichen Pfaffen verächtelt wird. Es sind das Dinge, über die die Masse der Bevölkerung gar nicht so recht im Bilde ist. Es ist nur allgemein bekannt, daß die Industrie, vor allem die eigentliche Kriegsindustrie, fabelhaft „verdient“. Die Upranghaft steigenden Dividenden der Aktiengesellschaften zeigen schon, wie reich der Segen des Krieges strömt. Hier ein Beispiel dafür:

Die 21 Aktiengesellschaften der Sprengstoffindustrie gaben im letzten Jahresjahr 1913 die gewöhnlich ansehnliche Durchschnittsdividende von 13,2 Prozent. Im ersten Kriegsjahr stieg sie hinauf auf 18,2, im zweiten auf 22,9 und für 1916 betrug sie schon 25,7 Prozent. Der Krieg hat also den Sprengstoffaktien eine Verdoppelung ihrer im Frieden schon hohen Dividende gebracht. Noch viel erfreulicher — immer für die Aktionäre — wird das Bild, wenn nicht die Prozentätze der Dividende, sondern die als Dividende ausgeschütteten Summen verglichen werden. Da ergibt sich eine weit beträchtlichere Steigerung, weil von 1913 bis 1916 das in Sprengstoffaktien angelegte Kapital von 61 auf 120 Millionen Mark gestiegen ist. Die Dividendensumme betrug also für 1913 etwa 8 für 1916 aber rund 30 Millionen Mark. Darneben wurden außerordentlich hohe Gewinne für die Zukunft zurückgestellt oder den Aktionären auf Umwegen zugewendet.

Diejenigen Zweige anderer Wirtschaftszweige, die sich dem Kriegeserfolgs nicht anpassen konnten, erleiden jetzt Gewinne, wie selten oder nie zuvor. Gewinne, so hoch, daß die Unterbringung einige Mühe macht. Zahlreiche Aktiengesellschaften dagegen erheben sich nicht mehr, ihre Gewinne der Aktionäre in Form von Dividenden reiflos auszuführen, weil dann der Dividendenlohn aufreißend hoch bemessen werden müßte. Statt aber durch entsprechende Vermehrung der Preise oder auch der Höhe der Gewinne zu vermindern, werden allerlei Mittel und Wege gefunden, die Gewinne in weniger auffälliger Weise in die Taschen der Aktionäre zu leiten, indem es nicht für zweckdienlich erachtet wird, sie in allerlei Fonds für etwa kommende mögliche Jahre anzuhäufeln.

Das bequemste und allgemein übliche Mittel, aufreißend hohe Dividenden durch Kapitalerhöhungen, die Vermehrung des dividendenberechtigten Kapitals, die sogenannte Kapitalvermehrung, zu bewerkstelligen. Von diesem Mittel ist in den Kriegsjahren die erfolgreichste Anwendung gemacht worden, daß die Kapitalerhöhung wiederholt verurteilt hat, der Ueberkapitalisierung einzelner Betriebe Einhalt zu tun, um das überflüssige Kapital für ihre Kriegsanforderungen zu retten. Welchen „Erfolg“ sie dabei gehabt hat, mögen einige Zahlen darthun: Im ersten Viertel des Jahres 1917 erhöhten 51 Aktiengesellschaften ihr Kapital um zusammen 113 Millionen Mark. Dann kam der Bremerischer des preussischen Handelsministers, nach dem „neue Aktienausgaben, die nicht den Zwecken der Kriegswirtschaft dienen, oder die vermeintlich scheinen, weil ausreichende flüssige Mittel vorhanden sind“, an der Börse nicht zugelassen werden sollten. Trotzdem erhöhten im letzten Viertel des Jahres 1917 insgesamt 83 Gesellschaften ihr Kapital um zusammen 359 Millionen Mark. Diese Zahl wieder tritt erst recht in das Licht, wenn sie ergänzt wird durch die Feststellung, daß im ganzen Kriegesjahr 1913 den 21 Aktiengesellschaften nur 418 Millionen Mark zugesagt wurden, also nicht viel mehr als im letzten Viertel 1917.

Manche Frage hat die Erweiterung der Kriegswirtschaft mehr Kapitalerhöhung notwendig gemacht. In sehr vielen Fällen liegt jedoch keine Kapitalvermehrung vor, in anderen wird es die sich notwendige Kapitalvermehrung eine gute Gelegenheit, den alten Aktionären Sonderrechte zu sichern, oder Sondergewinne zuzuführen. Die Mittel der Kapitalvermehrung kann überall da angenommen werden, wo bei der Ausgabe neuer Aktien auf die Einbeziehung eines der augenblicklichen Bewertung der Aktien entfallenden Aufgebens verzichtet wird; sie liegt ganz klar auf, da, wo bei der Ausgabe neuer Aktien oder Jahresgewinne in Aktien verpackt werden. In einigen Beispielen aus die Gründungsphase der Gesellschaften auf dem Gebiet der Kapitalvermehrungen beachtet werden.

Der Verein für chemische Industrie Mainz hat im Vorjahr seinen alten Aktionären für 900 000 Mark neue Aktien an zum Kurse von 100 Prozent, also erheblich unter dem Wert, zu dem sie damals gezeichnet wurden. Die Aktionäre sollten aber nicht einmal diesen Nominalwert der Aktien bekommen, sondern nur die Hälfte davon, die andere Hälfte wurde aus einem Spezialreservefonds genommen. Die Aktionäre erhielten also für 500 Mark eine Aktie, die sie jeden Tag für etwa 1000 Mark verkaufen konnten. Der Verein chemischer Fabriken A.-B. Reich konnte für das Geschäftsjahr 1916 die Dividende von 5 auf 20 Prozent erhöhen und den Aktionären außerdem noch für 1 Million Mark Aktien zu 100 Prozent ausgeben; selbstverständlich ausschließlich zu dem Zwecke, ein weiteres altes hartes Anschwellen der Dividende zu verhindern.

In der Sprengstoffindustrie waren in den Kriegsjahren Kapitalerhöhungen mit gleichzeitiger Gewinn

Die Verschärfung der Seesperrre.

Die deutsche Regierung sieht sich infolge des Verhaltens der englischen Seestreitkräfte in dem von England erklärten Sperrgebiet um die Deutsche Bucht zu Maßnahmen gezwungen, die das Verhalten dieses Gebietes für die neutrale Schifffahrt äußerlich gefährlich machen. Die neutrale Schifffahrt wird dadurch einverleibt, daß den Schiffen das Gebiet gewahrt unter Hinweis darauf, daß die deutsche Regierung für die Folgen keine Gewähr übernimmt, es sei denn, daß das Schifffahrer in Uebereinstimmung mit bestimmten Anweisungen ge-

ht, die in jedem Einzelfall von der deutschen Seefriedensleitung einzuholen sind.

